Bocholter Volksblatt

Anholter Zeitung

Organ der Zentrumspartei

Bezugspreis: Durch die Geschäftsstelle monatl. 1 Mk., von der Post abgeholt vierteljährlich M. 3.00, durch Postboten ins Haus gebracht M. 3.42. Erscheint täglich ausschl. Sonn- und Feiertags. Geschäftsst.: Bocholt, Nordstr. 27 (Fernspr. 82). Rhede, J. G. Hams. Anholt, Wilhelm Wolsing.

Anzeigenpreis: Für Einheimische die Kleinzeile oder deren Raum 15 Pf., für Auswärtige 20 Pf. Textanzeigen kosten die Kleinzeile 70 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Nachlaß. Auskunfts- und Angebotsgebühr 25 Pf. Bei Klage-Erhebung, Konkursen u. s. w. wird der bewilligte Nachlaß hinfällig.

Amtlicher Anzeiger der Städte Bocholt und Anholt, der Aemter Rhede, Dingden, Liedern und Werth

47. Jahrgang — Donnerstag, 21. November 1918 — Nummer 271

Bayerische Volkspartei.

München, 16. November.

Von der Auffassung ausgehend, daß durch den staatspolitischen Zusammenbruch im Reich und Bundesstaaten auch die alten Parteien erledigt seien, eine Auffassung, die in weitesten Kreisen der deutschen Zentrumspartei keineswegs geteilt wird, traten am 12. November in Regensburg eine Reihe von Männern, die bisher wohl fast ausschließlich in der Zentrumspartei sich politisch betätigt hatten, hauptsächlich leitende Persönlichkeiten und Anhänger der bayerischen christlichen Bauernvereine (Dr. Heim und Dr. Schlittenbauer) sowie einige Mitglieder anderer Stände zur Gründung einer neuen Partei zusammen, die Bayerische Volkspartei genannt und deren Programm bereits vor einigen Tagen in einer Reihe von den genannten Kreisen nahestehenden Blättern veröffentlicht worden war. In München war von einzelnen Zentrumsabgeordneten und Mitgliedern der alten Partei inzwischen ebenfalls über Schritte beraten worden, die angesichts der neuen Lage zu tun seien. Da man annahm, daß die Regensburger Herren kaum mehr zu bewegen sein würden, in der alten Partei in ihrem bisherigen Aufbau mitzutun, entschloß man sich in München, im Interesse der Einigkeit das von ihnen bereits entworfene und veröffentlichte Programm als Grundlage für weiteres Vorgehen zu nehmen. Gestern trat der durch eine Anzahl von Vertretern von Standesorganisationen verstärkte Neunerausschuß der Zentrumspartei im hiesigen Leohause zu Beratungen zusammen, die zu dem Ergebnis führten, daß die Gründung einer **neuen Partei** beschlossen wurde, die **Bayerische Volkspartei** heißen soll. Aus dem gleichzeitig in teilweiser Abänderung und Erweiterung der Regensburger Vorschläge beschlossenen Programm teilen wir folgendes mit:

Die Partei rechnet mit dem Umsturz in Bayern als mit einer gegebenen geschichtlichen Tatsache. Sie ist mit der Art, wie er herbeigeführt wurde, nicht einverstanden, erklärt aber eine Aenderung des gegenwärtigen Zustandes nur auf dem Wege von Recht und Gesetz zu erstreben. Die Partei ist eine Verfassungspartei, sie verlangt die alsbaldige Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung, die sich ausschließlich aus Vertretern des Volkes zusammensetzt und unter Ausschluß jeder anderweitigen Vertretung des Volkes oder einzelner Teile, Gruppen und Stände aus völlig freien Wahlen aller männlichen und weiblichen volljährigen Einwohner des Staates auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen, aktiven und passiven Wahlrechts und der Verhältniswahl hervorgehen soll. Von der konstituierenden Versammlung erwartet sie die Einberufung des parlamentarischen Systems und für besonders wichtige in der Verfassung festzulegende Fragen die Einführung der direkten Volksabstimmung. Das Programm nimmt dann im Sinne der Zentrumsgrundsätze Stellung zu den kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen und Steuerfragen und erörtert im letzten Pnkt die Stellung der Partei zu den übrigen deutschen Staaten. Die Volkspartei fordert: Zusammenschluß der deutschen Staaten auf föderativer Grundlage ohne Vorherrschaft irgend eines Einzelstaates. Die weiteren Sätze wenden sich ausdrücklich gegen eine preußische Vorherrschaft und gegen die Schaffung einer deutschen Einheitsrepublik. Für die neue Reichsverfassung wird die Zustimmung der demnächst zu wählenden Parlamente der Einzelstaaten gefordert: **„Wir haben es satt, für die Zukunft von Berlin aus bis ins kleinste regiert zu werden. Berlin darf nicht Deutschland werden, und Deutschland nicht Berlin.** Voraussetzung des Zusammenschlusses der deutschen Staaten ist, daß die Grundlagen, welche das Wesen der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Selbständigkeit Bayerns bilden, Bayern verfassungsmäßig gewährleisten und gegen Verfassungsänderungen, die wider den Willen Bayerns erfolgen könnten, sichergestellt werden. In diesem Sinne fordern wir: **Bayern den Bayern!** Gewünscht wird schließlich einheitliche Vertretung der gemeinsamen Interessen der deutschen Staaten nach außen, **gemeinsame Abwehr aller Angriffe auf deutsche Staaten, freier Handelsverkehr ohne Zeitschranken zwischen den deutschen Staaten, einheitliche Grundsätze für die soziale Gesetzgebung und Garantie für die Sicherheit der Kriegsanleihen.**

Unterzeichnet ist der dieses Programm enthaltende Aufruf von: Ellen Ammann, Vorsitzende des Landesverbandes des Katholischen Frauenbundes; Fr. Dauer, Generalsekretär; Aloysia Eberle, Verbandssekretärin der katholischen Arbeiterinnenvereine; Geh. Rat Fuchs, Landtagsabgeordneter; M. Gasteiger, Redakteur des Arbeiter; Oberzollinspektor Giehrl; Landtagsabgeordneter; Sanitätsrat Dr. Heigl, Gemeindebevollmächtigter; Dr. Heim (Regensburg); Hofrat Held; Landtagsabgeordneter; Wally Herber vom Verband katholischer Dienstmädchenvereine; Arbeitersekretär Königsbauer, Magistratsrat; Verbandssekretär Kratofiel; Magistratsrat Dr. Lochbrunner; Bezirkspräses Lohr; Landtagsabgeordneter; Reichstagsabgeordneter Dr. W. Mayer (Kaufbeuren); Kaufmann Mayer, Vorsitzender des Katholischen Kaufmännischen Vereins Hansa (München); Verlagsdirektor Moeckel (Nürnberg); Verbandssekretär Oswald, Landtagsabgeordneter; Verlagsdirektor Dr. Rink (Augsburg); Eisenbahnsekretär Rothmeier; Bäckermeister Scharnagel, Landtagsabgeordneter; Dr. Schlittenbauer, Vorsitzender des Bayerischen Bauernvereins, Landtagsabgeordneter; Kommerzienrat Schweiger; Verbandssekretär Sedelmeyer; Regierungsdirektor Speck, Landtagsabgeordneter; Mgr. Walterbach, Verbandspräses der katholisch. Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine, Landtagsabgeordneter; Dr. Wohlmuth (Eichstätt), Landtagsabgeordneter.

Die starke Beteiligung von Vertretern von Standesorganisationen ist so zu erklären: Während die alte Partei aus Einzelmitgliedern bestand, will die neue Partei sozusagen das gemischte System einführen und sich in der Organisation in hohem Maße auf die Standesorganisationen stützen, auch hinsichtlich der Geldbeschaffung. Das Programm ist im großen und ganzen das alte Zentrumsprogramm, nur zeitgemäß ausgedeutet.

Die Köln. Volksztg. schreibt dazu:

„Nur mit lebhaftem Bedauern veröffentlichen wir den vorstehenden Bericht. Unsere bayerischen Freunde lassen durch dieses Vorgehen gar sehr die Rücksichtnahme auf die große deutsche Zentrumspartei vermissen, deren Einigkeit doch jetzt das dringendste Bedürfnis ist. Das alte Zentrum ist in Aufbau und Idee als freie politische Partei dadurch sehr gefährdet. Da dem neuen Programm die am 30. Juni d. J. beschlossenen Richtlinien, an deren Beratung bayerische Vertreter teilnahmen, weitgehend zugrunde gelegt sind, ist die Namensänderung kaum zu verstehen. Es wird nach einem Ausweg aus diesen Schwierigkeiten zu suchen sein."

Das „lebhafte Bedauern" der Köln. Volkszeitung ist nicht recht zu verstehen, wenn man sich vor Augen hält, daß raschestes Handeln und schleunigste Anpassung an die neuen Verhältnisse not tut. Und der Ausweg ist leicht gefunden, er heißt einfach: **Nachmachen!**

Geben wir uns doch keinen Täuschungen hin! Wie das alte Reich, so sind auch die alten Parteien in ihren Grundfesten erschüttert und **vollständig zusammengebrochen.** Nur Trümmer sind noch von den Parteiorganisationen da und diese müssen zu einem **neuen Bau** zusammengefügt werden, in dem unsere alten, unvergänglichen Ideale und Grundsätze mit neuem Eifer gepflegt und gehegt werden können. Ob über dem Eingang zum neuen Haus das Wort „Zentrum" steht oder „Volkspartei", ist **mindestens** gleichgültig. Die Hauptsache ist, daß die alte Fahne da ist, um die sich alle scharen.

Man scheint in den führenden Kreisen des **preußischen Zentrums vollkommen den Kopf verloren zu haben.** Nachdem sich Reichstag und Landtag geradezu erbärmlich benommen haben und auseinandergelaufen sind wie die Hennen auf dem Geflügelhof, wenn der Weih stößt, geschieht ein paar kostbare Tage **gar nichts.** Dann werden, NB. im Zeichen der Demokratie!, von einigen in Berlin zurückgebliebenen Abgeordneten nichtssagende Aufrufe erlassen und aufgefordert, für die Parteiorganisation **Geld** nach Berlin zu schicken! Das ist die ganze Tätigkeit, die unsere Führer im Reiche und Preußen bis jetzt entfaltet haben. Schon das Verhalten unserer Reichs- und Landtagsabgeordneten hat das **Vertrauen im Volke** vollständig untergraben und man braucht bloß einige Urteile zu hören, wie sie vom schlichten Mann darüber gefällt werden, um vollkommen zu begreifen, daß die Bayern den Namen Zentrum nicht mehr über ihre Tür geschrieben haben. Es kommt aber noch dazu, daß man den **Ernst der Lage auch heute noch nicht begreift. Das Volk hungert nach Aufklärung** und wo man Versammlungen einberuft, nehmen sie den aus Friedenszeiten bekannten Verlauf. Die Wähler hören nicht das, was sie erfahren wollen, nämlich ein festumrissenes Programm und Angaben, wie sich das Zentrum zu den Dingen und zur Demokratisierung stellt. Beides haben ihnen die Bayern geboten: sie haben ein Programm aufgestellt, nach dem alle Anhänger einer christlichen Demokratie arbeiten können jeder in seinen Kreisen und haben mit einem kühnen Griff die alte, überlebte Organisation **umgestellt** und die breite Grundlage geschaffen, zu der allein das Volk Vertrauen haben kann. Sie haben nicht los gesagt, sie wollten demokratisch werden, sondern sie haben lieber gleich die **Demokratie in die Praxis umgesetzt.**

Die alte Organisation mag unter den früheren Verhältnissen ganz gut gewesen sein, aber heute taugt sie nichts mehr. Sie ist auf ein ganz anderes Wahlrecht zugeschnitten, als es uns heute vorgeschrieben wird — und dann die Komitees und Vorstände! Wie schaut es da mit dem demokratischen Prinzip aus? Wir zweifeln nicht im geringsten, daß sich mit den alten Ausschüssen Komitees usw. recht gut besuchte und rührend einige Versammlungen machen lassen, in denen gar nicht einmal mit einem Hauch z. B. an eine Namensänderung erinnert wird und wenn dann der Wahltag kommt, wird, auch das geben wir zu, am Orte immer noch eine starke Zentrumsmehrheit vorhanden sein und mancher alte Kämpe, der seinen Mann in vielen Wahlschlachten gestellt hat, wird erleichtert aufatmen und befriedigt sagen: „Gottlob, der Zentrumsturm hält noch!" und lange Gesichter wirds erst dann geben, wenn das Resultat herauskommt: „Das Zentrum hat so und soviel Sitze verloren!" Dann wird man hinterher daran denken, daß jetzt auch die „paar" Stimmen zählen, die der Sozialdemokrat oder der Liberale am Orte mehr erhalten hat und einsehen, daß sie zusammengezählt einen oder zwei Abgeordnete ausmachen.

Mit der Verhältniswahl von **Männern und Frauen** über 20 Jahre machen **alle Parteien** einen Sprung ins Dunkle. Auch kommt es sehr darauf an, wie die Verhältniswahl aussteht, es gibt ja auch da mehrere Arten. Wir dürfen aber darauf rechnen, daß die am Ruder befindliche Regierung sich ein System aussucht, das ihr am günstigsten ist. Zu prophezeihen hat gar keinen Zweck, aber es dürfte immerhin interessant sein, wie unsere Provinz Westfalen, die ja wohl einen Wahlkreis bilden dürfte, nach dem neuen Wahlsystem vertreten wäre, wenn es 1912 in Geltung gewesen wäre. Es waren 1912 gewählt: Wirtschaftliche Vereinigung 1, Nationalliberale 3, Fortschrittler 1, Sozialdemokraten 3, Zentrum 8, Wild 1. Nach der Verhältniswahl hätten (nach oberflächlicher Rechnung) erhalten Sozialdemokraten 6, Zentrum 6, Fortschrittler 1, Nationalliberale 2, Wirtschaftliche Vereinigung 1, Wild 1. Die **bürgerlichen Parteien** hätten also 3 Sitze, davon das Zentrum allein 2, **verloren**, die Sozialdemokraten ebensoviel gewonnen. Wir wissen nun gar nicht, ob wir nicht durch ein Berliner Rechenexempel in Westfalen weniger Abgeordnete zur Nationalversammlung entsenden werden als vordem zum Reichstag, ferner haben wir gar keinen Ueberblick über das Stimmenverhältnis unter der weiblichen Wählerschaft und überdies sind 1912 rund 128 000 Wähler in Westfalen zuhause geblieben, die jedenfalls unter den Minderheiten zu suchen sind, die in den einzelnen Wahlkreisen doch nicht zu Worte kommen konnten. Die Aussichten für die Wahl zum Nationalrat sind also nicht die rosigsten für das Zentrum, wenn es den Kampf unter dem alten Namen, mit dem alten Programm und mit den alten Vertretern aufnimmt. Die Aussichten sind aber nicht so schlecht, wenn es unter einem neuen Namen, mit einem vom Arbeiter und Bürger gleichermaßen gebilligten, den Zeitverhältnissen Rechnung tragenden Programm auftritt, unter dem sich **alle nichtsozialistischen** Elemente im Wahlkreis Westfalen, die auf christlicher Grundlage stehen, sammeln können.

Bei der Verhältniswahl ist eine Zersplitterung in kleine Parteien das allerschlimmste Uebel und die Parole darf nicht lauten: Hie Zentrum, hie Sozialdemokratie, hie Liberaler, Freisinn usw., sondern die Nationalversammlung muß gewählt werden unter dem Schlachtruf: Hie christliche Demokraten, hie Sozialdemokraten!

Das Zentrum ist seiner ganzen Zusammensetzung nach am meisten geeignet, den festen Wall zu bilden, hinter dem sich die christlichen Wähler sammeln können.

Sorgen wir, daß alle Wahlberechtigten das auch tun und vereiteln wir das nicht durch unnützes Festhalten an Aeußerlichkeiten. Die alte Werbekraft unserer Partei wird sich dann sicherlich aufs neue bewähren. Der Weg, der in Bayern eingeschlagen wurde, scheint diesen Zweck zielbewußt zu verfolgen und jedenfalls leichter an ein gutes Ende zu führen als wenn wir an altüberkommenen Formeln festhalten und damit Leute ins gegnerische Lager treiben, die der Gesinnung nach zu uns gehören.

Programm-Entwurf

des Zentrums (Freie deutsche Volkspartei).

1. Außen-Politik.

1. Selbstbestimmungsrecht der Völker. Völkerbund. Abrüstung. Obligatorische Schiedsgerichte.

2. Freiheit der Meere. Wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit.

3. Gerechter Anteil an der Kolonialarbeit der Kulturvölker.

4. Internationale Regelung des Arbeiterschutzes und der Arbeiter- und Angestellten-Versicherung.

2. Innen-Politik.

5. Erhaltung des Deutschen Reiches als Bundesstaat. Politische Zusammenfassung der kleineren Bundesstaaten.

6. Im Reich, in den Bundesstaaten und in den Gemeinden gleiches Wahlrecht mit Verhältniswahl und Frauenwahlrecht.

7. Im Reich, und in den Bundesstaaten auf dem Vertrauen der Volksvertretung beruhende Volksregierung.

8. Gleichberechtigung aller Volkskreise bei der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten ohne Klassenbevorzugung. Schutz der politischen Minderheiten.

3. Wirtschafts- und Sozialpolitik.

9. Organisation der Gütererzeugung nach den Forderungen des Gemeinwohls. Dabei Erhaltung der persönlichen Unternehmungslust und des Verantwortungsgefühles.

10. Förderung der Landwirtschaft zur Sicherung der Volksernährung.

11. Erhaltung und Förderung des Mittelstandes in Handel und Gewerbe.

12. Planmäßige Fortführung der Sozialpolitik für Arbeiter, Angestellte und Beamte.

13. Gemeinnützige Bodenpolitik. Innenkolonisation. Durchgreifende Wohnungs- und Siedelungsreform. Gesetzliche Enteignung von Großgrundbesitz unter entsprechender Abfindung. Beseitigung aller Fideikommisse.

14. Gerechte Verteilung der Steuerlast nach der Leistungsfähigkeit. Allgemeine Vermögens-Zuwachs-Steuer. Schärfste Erfassung der hohen Einkommen, der großen Vermögen und des unverdienten Vermögenszuwachses. Einziehung aller Kriegsgewinne.

15. Angemessener Schutz der Kriegsteilnehmer bei ihrer Wiedereinführung ins Wirtschaftsleben. Weitherzige Fürsorge für kranke und beschädigte Kriegsteilnehmer und für die Hinterbliebenen. Verbesserung des Rentenfeststellungs- und Einspruchsverfahrens durch Schaffung von Rechtsgarantien. Lösung der Kriegerheimstättenfrage.

4. Kultur-Politik.

16. Gewissensfreiheit und Freiheit der Religionsübung. Abwehr gegen willkürliche und gewaltsame Aenderung der staatlich-kirchlichen Rechtsverhältnisse.

17. Tatkräftige Förderung der christlichen und volkstümlichen Bestrebungen auf allen Gebieten geistiger Bildung, Wissenschaft, Kunst und Literatur.

18. Kampf gegen sittliche Verwilderung, insbesondere gegen eine entartete Kunst und Literatur.

19. Erneuerung des Bildungs- und Erziehungswesens einer auf einheitlicher Grundlage aufbauenden deutschen Volksbildung. Freiheit der Erziehung und des Unterrichts. Wahrung des Rechtes der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder. Anerkennung und Schutz der religiösen Erziehungsfaktoren.

20. Freie Entfaltungsmöglichkeit für jede Begabung durch Beseitigung der Schranken des Berechtigungswesens und der Klassenschulen. Ausbau der Volks- und Fachschulen. Gleichachtung aller gleichwertigen Bildung nach der Leistungsfähigkeit des Einzelnen.

21. Heranziehung der Frau zur Mitarbeit auf allen Gebieten des Volkslebens unter Auswertung der weiblichen Eigenart. Schutz der Ehe und Familie. Planmäßige Bevölkerungspolitik. Fürsorge für kinderreiche Familien. Schutz des Kindes. (Ueber die politische Betätigung der Frauen wird mit den Frauenorganisationen noch im einzelnen beraten werden.

Die gesamte Zentrumspresse wird freundlich und dringend ersucht, diesem Programmentwurf Aufnahme zu gewähren und, wie auch wir hiermit tun, ihn zur **öffentlichen Erörterung** zu stellen.

Durch diese öffentliche Besprechung soll er die Gestalt gewinnen, in der er als **Vorlage** für die Wahlen **zur Nationalversammlung** dienen kann. Die endgültige Gestaltung würde dann Aufgabe eines später einzuberufenden

allgemeinen Zentrumsparteitages

sein, der vor den Wahlen zur Nationalversammlung unmöglich mehr tagen kann.

An unsere Parteifreunde in allen deutschen Gauen ergeht das Ersuchen, sich zu den aufgestellten Forderungen zu äußern und gegebenenfalls Abänderungen und Zusätze in Vorschlag zu bringen. Zuschriften dieser Art wolle man an den Generalsekretär der Rheinischen Zentrumspartei, **Dr. Jörg** in Köln, Rubensstraße 11 richten.

Wir bitten um möglichste Eile, da jeder Aufschub unserem Volksganzen große Schäden zufügen könnte.

Unerträgliche Notlage

bringen die grausamen Waffenstillstandsbedingungen namentlich für die Gegenden mit sich, über die jetzt die aus dem Westen heimkehrenden Truppen strömen. Die „Köl. Ztg." veröffentlicht folgenden Funkspruch an alle Zeitungen in den Ländern der Alliierten und an alle Zeitungen in den neutralen Ländern: „Die Vertreter der Presse in Köln und im Rheinlande weisen alle Zeitungen auf die unerträgliche Notlage der Rheinlande hin, in welche die Waffenstillstandsbedingungen sie versetzen. „Die Herausgabe eines großen Teiles des Eisenbahnmaterials verurteilt uns durch die Erschwerung der Verbindung mit dem Osten zur Hungersnot. Es ist uns außerdem unmöglich, große Besatzungen zu verpflegen. Der Rückzug der Armee durch unser Land beschleunigt außerdem den Verbrauch der Lebensmittel. Wir bitten im Namen der Menschlichkeit die Presse der ganzen Welt, für die bedrohten Rheinlande einzutreten und zu fordern, daß ein durch den langen Krieg ganz erschöpftes Land nicht **völlig niedergetreten wird.** Der freiheitliche Sinn in den alten Kulturländern am Rhein ist in der ganzen Welt bekannt. Schützet **uns** durch die Macht eures Einflusses vor Gewalttätigkeiten und Ungesetzlichkeiten. Der Verein rheinischer Zeitungsverleger." Wie groß die Notlage auch in anderen Gegenden zu werden droht, ergibt sich aus der folgenden Meldung:

Haag, 18. Nov. Das Hollandsche Nieuwe Bureau berichtet, daß Staatssekretär Dr. Solf an **Staatssekretär Lansing eine neue Note** gerichtet hat. In dieser wird unter anderen erklärt, daß es bei dem heutigen Stande des deutschen rollenden Eisenbahnmaterials und bei dem Kohlenmangel **unmöglich** sein würde, eine **auch nur in bescheidenen Grenzen gehaltene Versorgung** der Städte mit Lebensmitteln sicher zu stellen. Wir sind, heißt es in der Note, außerstande, auch nur für eine Woche die Versorgung verbürgen zu können und müssen, da die Verhältnisse im Osten und Westen, Norden und Süden gleich liegen, damit rechnen, daß in vielen Teilen des Reiches gleichzeitig **Hungerrevolten** als Folge der Transportschwierigkeiten entstehen, deren Folgen **unberechenbar** wären. Endlich hat die Fortsetzung **der Blockade,** insbesondere in der Ostsee zur Folge, daß sowohl die für unsere Industrie nötigen Transporte aus dem Norden wie die für Skandinavien unentbehrliche deutsche Kohlenzufuhr unmöglich gemacht werden, und veranlaßt die kohlenabhängige deutsche und skandinavische Industrie zu Kohleneinschränkungen, wenn nicht gar zur Stilleguna. Auch die völlige Lahmlegung der **Nord- und Ostseefischereien** würde während einer Blokade fortdauern. Wir haben unsere Vertreter in Spaa angewiesen, unsere dringenden Wünsche mit den Vertretern der verbündeten Regierungen zu besprechen, hatten aber keinen Erfolg, da die Vertreter der Verbündeten keine Vollmacht zur Verhandlung zu haben schienen. Wir bitten angesichts der **drinaenden Gefahr,** die uns aus den drückenden Waffenstillstandsbedingungen erwachsen, uns möglichst umgehend einen Ort zu bezeichnen, an dem unsere Vertreter mit bevollmächtigten Vertretern der verbündeten Regierungen zur Beratung der übrigen Fragen zusammenkommen können. Da die **Transportfrage zu Wasser und zu Lande** täglich schwieriger wird und die zurückflutenden Truppen alle Organisationen aufzulösen drohen, bitten wir, keine Zeit zu verlieren, damit wir imstande sind, die bisher **noch aufrechterhaltene Ordnung auch weiter aufrecht erhalten zu können.**

Die Vorfriedensbedingungen.

Basel, 19. Nov. Telegraphen-Union. Nach einer Meldung des Temps haben vorgestern die Beratungen in der Konferenz der **verbündeten Regierungen** zum Abschluß geführt. Hinsichtlich der **Vorfriedensbedingungen** sei eine **vollständige Einigung** erzielt worden. Der vorgelegte Entwurf eines Vorfriedens habe einstimmige Annahme gefunden. **Vor der Eröffnung der Friedensverhandlungen, die am 13. Dezember** stattfinden solle, trete jedoch die Konferenz nochmals in der letzten Novemberwoche zu einer Besprechung zusammen, die vorbereitenden Charakter tragen solle.

Die Vereinbarung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbänden.

WTB. Berlin, 16. Nov. Die großen Arbeitgeberverbände vereinbaren mit den Gewerkschaften der Arbeitnehmer das Folgende:

1. Die Gewerkschaften werden als **berufene Vertreter der Arbeiterschaft** anerkannt.

2. Eine **Beschränkung der Koalitionsfreiheit** der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unzulässig.

3. Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die Werkvereine (die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Vereine) fortab **vollkommen sich selbst überlassen** und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen.

4. Sämtliche aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeitnehmer haben Anspruch darauf, in die Arbeitsstelle sofort nach Meldung wieder einzutreten, die sie vor dem Krieg innehatten. Die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände werden dahin wirken, daß durch Beschaffung von Rohstoffen und Arbeitsaufträgen diese Verpflichtung in vollem Umfange durchgeführt werden kann.

5. Gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises.

6. Die **Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen** sind entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Koalitionsvereinbarungen der Arbeitnehmer festzusetzen. Die Verhandlungen hierüber sind ohne Verzug aufzunehmen und schleunigst zum Abschluß zu bringen.

7. Für jeden Betrieb mit einer Arbeiterschaft von mindestens 50 Beschäftigten ist ein Arbeiterausschuß einzusetzen, der diese zu vertreten und in Gemeinschaft mit dem Betriebsunternehmer darüber zu wachen hat, daß die Verhältnisse des Betriebes nach Maßgabe der Kollektivvereinbarungen geregelt werden.

8. In den Kollektivvereinbarungen sind Schlichtungsausschüsse resp. Einigungsämter vorzusehen, bestehend aus der gleichen Anzahl von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern.

9. Das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf 8 Stunden festgesetzt. Verdienstschmälerungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden.

10. Zur Durchführung dieser Vereinbarungen sowie zur Regelung der zur Demobilisierung, zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und zur Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeiterschaft, insbesondere der schwer Kriegsbeschädigten, zu treffenden weiteren Maßnahmen wird von den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen ein Zentralausschuß auf paritätischer Grundlage mit beruflich gegliedertem Unterbau errichtet.

11. Dem Zentralausschuß obliegt ferner die Entscheidung grundsätzlicher Fragen, soweit sich solche namentlich bei der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergeben, sowie die Schlichtung von Streitigkeiten, die mehrere Berufsgruppen zugleich betreffen. Seine Entscheidungen haben für Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindliche Geltung, wenn sie nicht innerhalb einer Woche von einem der in Frage kommenden beiderseitigen Berufsverbände angefochten werden.

12. Diese Vereinbarungen treten am Tage der Unterzeichnung in Kraft und gelten vorbehaltlich anderweiter gesetzlicher Regelung bis auf weiteres mit einer gegenseitigen dreimonatigen Kündigung.

Diese Vereinbarung soll sinngemäß auch für das Verhältnis zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Angestelltenverbänden gelten.

Berlin, 15. November 1918.

Depots, Kriegsanleihen, Vermögen und Einkommen.

WTB. Berlin, 17. Nov. **Bekanntmachung.** Um umlaufenden Gerüchten entgegenzutreten, erklärt die Reichsregierung:

1. **Wir beabsichtigen nicht eine Beschlagnahme von Bank- und Sparkassenguthaben,** von Vorräten an Geld oder Banknoten oder Wertpapieren oder sonstigen offenen oder geschlossenen Depots vorzunehmen.

2. Wir beabsichtigen **nicht,** die Zeichnungen auf die neunte Kriegsanleihe oder die **Kriegsanleihen** überhaupt für **ungültig zu erklären** oder in ihrer Rechtsgültigkeit anzutasten. Die Regierung beabsichtigt jedoch, die **großen Vermögen und Einkommen aufs schärfste zur Deckung der Ausgaben heranzuziehen.**

3. **Die Gehalts-, Pensions- und sonstigen Rechtsansprüche der** in öffentlichen Diensten stehenden Beamten und Angestellten, der Offiziere und der anderen Personen des Soldatenstandes, der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen dieser Personen bleiben **völlig unberührt** und weiterhin in Kraft.

Der Rat der Volksbeauftragten: Ebert, Haase.

Auf die lange Bank?

Berlin, 18. Nov. In den Morgenblättern vom 17. 11. stand die Nachricht, daß die Wählerlisten für die Wahl zur Nationalversammlung am 2. Januar aufgelegt würden und die Wahl selbst am 2. Februar stattfinden würde. Diese Nachricht entspricht nicht den Tatsachen. Dem Rat der Volksbeauftrachten ist bis jetzt ein Entwurf zur Wahlordnung für die Konstituante noch nicht zur Beschlußfassung vorgelegt worden. Daß die Vorbereitungen für die Konstituante **„sobald wie möglich"** in die Wege geleitet werden sollen, hat die Reichsregierung wiederholt erklärt.

Joffe kann zu Hause bleiben.

Die deutsche Reichsleitung hat laut „Lok.-Anz." die Sowjetregierung dahin verständigt, daß ein Vertreter derselben **vorläufig nicht gewünscht wird.**

Die Versammlung im Zirkus Busch.

Berlin, 19. Nov. Heute tagte im Zirkus Busch der Vollzugsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte, vor allem zu dem Zweck, um die Kompetenzen der heutigen Regierung festzustellen und abzugrenzen. Die Eingangsrede hielt das Mitglied des Vollzugsrates **Richard Müller.** Er gab im wesentlichen einen Rückblick auf die

---

Bob-Heil!

Ein Wintersportroman aus St. Moritz
von Anny Wothe.

(Amerikanisch. Copyright 1913 by Anny Wothe, Leipzig
22. (Nachdruck verboten.)

„Ich hätte es mir nie verziehen, Baronesse, wenn Ihnen durch meine Schuld ein Leid widerfahren."

Jutta lachte.

„Dann sorgen Sie dafür, bester Baron, daß ich auf dem Bahnhof irgend etwas zu essen bekomme, ich bin nahe am Verhungern, und wir haben gewiß bis zum Abgang des Zuges nur sehr wenig Zeit."

Rechberg strahlte.

„Natürlich, ich laufe voraus," rief er fröhlich, und eiligen Schrittes sprang er die Dorfstraße entlang.

„Das hast Du gut gemacht," lachte Wolfsegg Jutta zu. „Wir konnten ja bisher noch nicht ein einziges Wort zusammen reden."

Juttas lachendes Gesicht war plötzlich ernst geworden, als sie an Krafft Eberhards Seite dem Bahnhof zuschritt.

Vorsichtig zwischen all den Sportsleuten, Bobschlegghs, Rodeln und Pferdeschlitten auf der Straße sich hindurchwindend, sagte sie, wie aus fragendem Grübeln heraus:

„Es ist mir noch immer so, als könnte alles gar nicht sein, als wäre der gestrige Abend nur ein Traum."

Der Graf lachte gezwungen:

„Nein, mein Kind, Du siehst ja, alles, alles ist Wirklichkeit."

Jutta blickte scheu zu ihm auf.

Wie merkwürdig er ihr schien. Bereute er? Eiseskälte legte sich plötzlich auf ihr Herz.

Sie zog unwillkürlich den Kragen ihres weißen Sweaters bis an die Ohren, dann sagte sie zögernd:

„Wenn es Dir leid ist, Krafft Eberhard, bis jetzt weiß es ja noch niemand."

Ein Zornesblick traf sie da.

„Was soll das, Jutta? Hast Du so wenig Vertrauen zu mir, oder soll ich annehmen, daß Du wankelmütig bist?"

Sie senkte das Köpfchen. In den meerblauen Augen brannte ein scheuer Tropfen

„Hast Du Deinen Vater vorbereitet?" fragte der Graf. „Wann will er mich heute empfangen?"

Jutta schüttelte den Kopf.

„Nein, Krafft Eberhard, ich habe noch nichts gesagt. Ich wollte Dir Zeit lassen — wenn —" hier stockte sie — „Du es Dir vielleicht doch noch anders überlegen solltest."

Wolfsegg wurde ungeduldig.

„Was soll das eigentlich? Ich verstehe Dich wirklich nicht, Jutta! Sehe ich denn aus wie einer, der alle Tage seine Gesinnungen wechselt? Ich wäre selbstverständlich gleich heute Morgen zu Deinem Vater gekommen, aber das Training konnten wir doch nicht versäumen, wenn wir die Rennen nicht aufgeben wollen. Wann ist denn Dein alter Herr zu Hause?"

Jutta seufzte in komischer Verzweiflung auf, und ein leises Lächeln stahl sich um ihre Lippen.

„Da ist ja nie zu haben. Heute ist er den ganzen Vormittag auf Cresta-Run und Nachmittag natürlich auf dem Kurling oder Bandy-Ring. Aber wenn Du um fünf Uhr kommst, will ich versuchen, ihn zu Hause zu halten."

Der Graf nickte.

„Ich werde pünktlich sein, aber nun, Jutta, mach auch ein frohes Gesicht. Ich meine, wir fahren jetzt von Preda aus gleich zurück und trainieren morgen weiter. Ist es Dir recht?"

„Natürlich," gab Jutta zurück, und nahm dankbar die Schinkenbrötchen, die ihr Rechberg, als sie auf den Bahnsteig traten, schon auf einem Pappteller entgegenbrachte.

„Sie sollen gelobt und gepriesen sein, Baron! Aber wollen Sie nicht auch nehmen?"

Rechberg dankte und nötigte zum Einsteigen. Somerset brachte Apfelsinen und Klettenberg eine Flasche Wein und ein paar Gläser.

Damit wurde im Kupee ein fröhliches Picknick eröffnet.

Als Jutta und Wolfseggs Gläser aneinanderklangen, sahen sie sich einen Augenblick ernst in die Augen. Wolfsegg trank es bis auf den letzten Tropfen leer, dann warf er das Glas zum Fenster hinaus, daß es an einer Telegraphenstange klirrend zerschellte.

Und wieder ging ein Fröstein durch Juttas Seele.

Als sie in Preda anlangten, stand plötzlich die Erbprinzessin an Juttas Seite. Die grauen Augen der fürstlichen Frau ruhten durchbohrend auf dem leichtgebräunten, jugendfrischen Gesicht Juttas, als wollten sie ihr bis auf den Grund der Seele schauen.

Jutta neigte sich tief vor der Erbprinzessin.

„Ich möchte Sie heute bei mir sehen, Baronesse."

Jutta nahm all ihren Mut zusammen.

„Fast fürchte ich, Hoheit, es wird nicht gehen. Für den Nachmittag hat sich Besuch bei uns angesagt und abends wissen Hoheit ja, ist Maskerade."

Die Erbprinzessin lachte auf.

„Daß ich das auch vergessen konnte."

Im übrigen, was fiel denn diesem Mädchen ein? Es war je geradezu ungezogen von der Altenhausen, den geäußerten Wunsch nicht als Befehl aufzufassen.

Kühl, fast feindselig, streiften die Grauaugen der Erbprinzessin das junge Mädchen. Der Kleinen schien doch bis jetzt noch alles zu einer Hofdame zu fehlen.

„Darf ich fragen, wen Sie heute bei sich erwarten, oder ist es indiskret?" warf die Erbprinzessin leicht hin.

„Durchaus nicht, Hoheit. Graf Wolfsegg hat sich bei uns angemeldet."

Ein Blick, fast des Hasses, schoß über Jutta hin.

„Dann allerdings, Baronesse."

Mit einem vielsagenden Lächeln wandte sich die fürstliche Frau ab und ließ Jutta stehen, der das Blut heiß ins Gesicht schoß. Was wollte die Erbprinzessin von ihr, warum quälte sie diese Frau? Warum suchte sie ihre Nähe, wenn sie doch, wie eben jetzt, Jutta nur kränken wollte?

„Hat Dich die Erbprinzessin verletzt?" fragte Graf Wolfsegg seine Braut, als sie wieder im Zuge nach St. Moritz saßen. „Was wollte sie denn von Dir?"

„Sie lud mich für heute ein, sie zu besuchen."

„Und Du?"

„Ich lehnte ab, weil wir selber Besuch erwarten."

„Und?"

„Sie fragte, wer es sei, und ich sagte es ihr."

„Wie unvorsichtig," kam es wider Willen gereizt von Wolfseggs Lippen.

„Unvorsichtig?" fragte Jutta erstaunt. „Na, ich kann doch nicht lügen."

„Das sollst Du ja auch gar nicht," beruhigte sie Krafft Eberhard, „ich meine nur, es ist nicht ratsam, den geäußerten Wünschen der hohen Herrschaften gegenüber sich so bestimmt ablehnend zu verhalten. Die Erbprinzessin verträgt keinen Widerspruch."

„Der ist keinem angenehm," gab Jutta zurück, „mir auch nicht, und ich muß ihn doch oft genug ertragen."

„Hör mal, mein Kind, bei Deinen ketzerischen Ideen steht es um Deine Hofdamenstellung aber schlecht aus."

Mit leisem, halb verschmitztem Lächeln, schaute er Jutta in das glühende Gesicht.

„Das ist herrlich, daß das nun nichts werden kann, jubelte Jutta fast laut, sodaß einige der Sportsleute die laut durcheinander scherzten, sich aufhorchend umsahen, „denn die Hofdamenstellung, in die mich Mama so gern pressen möchte, hätte ja doch nur eine kurze Herrlichkeit bedeutet. Ich glaube fast, Krafft Eberhard, ich habe die Stellung nur Deinetwegen erhalten."

Der Graf sah seine Braut mit abweisender Miene an.

„Meinetwegen? Wie meinst Du das?"

Jutta gab den Blick klar und offen zurück.

„Die Erbprinzessin hat ein merkwürdiges Interesse für Dich, und um etwas von Dir zu erfahren, überhäuft sie mich mit Wohlwollen. Meinst Du nicht auch?"

Der Blick des Grafen wurde dunkel.

„Laß doch das, Kind."

(Fortsetzung folgt)

letzten Revolutionstage. Im Anfang seiner Rede erklärte er, die Sozialdemokraten wollten keinen ausschließen und alle Schichten des werktätigen Volkes mitraten lassen. Der Schrei nach der Nationalversammlung bezwecke, die proletarische Gewalt in die Hände der bürgerlichen Kreise zurückzuleiten. **Die heutigen Machthaber aber wollten keine demokratische, sondern eine sozialistische Republick.** Sie wollten die Staatsgewalt, die sie heute in ihren Händen haben, festhalten. Der Redner sagte: „Die Nationalversammlung bedeutet für uns das Todesurteil und der Weg zur Konstituante wird nur über meine Leiche führen." (Widerspruch und Beifall) Demnächst solle ein **Zentralkongreß sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte** aus ganz Deutschland einberufen werden, der einen neuen für ganz Deutschland bestimmten Vollzugsrat ernennen solle. Nach dieser Rede wurden mehrere Anträge und Entschließungen eingebracht. Als Vorsitzender der Reichsregierung kam Haase zu Wort. Auch er sagte, die Konstituante könnte nicht heute oder morgen zustandekommen, denn es seien zahlreiche technische Vorarbeiten zu bewältigen. Sicher werde in der Konstituante eine sozialistische Mehrheit sein. Die **Sozialisierung großer und wichtiger Betriebe** in Deutschland sei notwendig. Nach weiterer Erörterung konnte **Ebert**, der reden wollte, nicht mehr in der Debatte sprechen, denn inzwischen war ein Schlußantrag angenommen worden. Er stellte gegenüber verschiedenen Rednern fest, es sei nicht richtig, daß er mit unlautern Absichten in eine Arbeiterversammlung gegangen sei. Er habe zur Einigung gemahnt. Im übrigen stimme er den Ausführungen Haases zu. Der Versammlung liegt folgende **Entschließung** vor:

Das Bestreben der bürgerlichen Kreise, so schnell wie möglich eine Nationalversammlung einzuberufen, soll die Arbeiter um die Früchte der Revolution bringen. Der Vollzugsrat der Arbeiter und Soldaten in Groß-Berlin verlangt daher die **Einberufung einer Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte in Deutschland.** Diese hat auf Grund eines von ihr festzusetzenden Wahlsystems einen **Zentralrat der deutschen Arbeiterräte** zu bilden, der eine neue, den Grundsätzen der **proletarischen Demokratie** entsprechenden Verfassung zu entwerfen hat. Diese Verfassung ist der von ihm zu berufenden konstituierenden Versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Verschiedene Anträge waren eingebracht worden. Ein Antrag verlangt eine Verfügung des Vollzugsrats, nach der die Hamsterlager aufgesucht und die dort befindlichen Lebensmittel der allgemeinen Versorgung zugeführt werden sollen. Ein andrer Antrag verlangt, daß als Hilfskräfte Arbeitslose eingestellt werden, ferner, daß ein Dezernat zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geschaffen werde. Ein Antrag, daß eine Nationalversammlung erst dann einberufen werde, wenn die Errungenschaften der Revolution gesichert seien, kehrt mehrfach wieder. Ein Angestellter einer Kriegsgesellschaft erklärt es für unbedingt notwendig, daß sofort Arbeitskräfte mobilgemacht würden, um aus den von der polnischen Invasion bedrohten polnischen und oberschlesischen Distrikten die dort liegenden Lebensmittel zurückzuführen. Vertreter der Kriegsbeschädigten, verschiedener Angestelltenkategorien, der Eisenbahnbeamten, der Berliner Rechtsanwaltschaft drückten ihre Sympathie für die Revolution und für ihre bisherige Arbeit aus. Hermann Müller aus dem Parteivorstand der alten Sozialdemokratischen Partei bemerkte noch, daß schon **wegen bestehender technischer Schwierigkeiten die Nationalversammlung nicht eher einberufen** werde, bis **die Früchte der Revolution unter Dach und Fach gebracht** seien. Er mahnte im übrigen zur Einigkeit. Ledebour versuchte gegen Haase und andre zu polemisieren, wurde aber stürmisch unterbrochen. Liebknecht glaubte vor der Gegenrevolution warnen zu müssen. Man dürfe nicht eine demokratische bürgerliche Republik auf relativ freiheitlicher Grundlage schaffen, sondern eine sozialistische Republik. Nach einem Schlußwort Müllers wurde eine **Kommission von zehn Arbeiterräten gebildet** mit der aufgabe, die Kompetenzen der Arbeiterräte und der in den Betrieben bestehenden Ausschüsse gegeneinander abzugrenzen. Die oben mitgeteilte Entschließung wurde mit großer Mehrheit angenommen, die übrigen Anträge dem Vollzugsausschuß überwiesen.

Nationalversammlung und Friedensschluß.

Berlin, 19. Nov. Bei den Auseinandersetzungen über den Zeitpunkt des Zusammentritts der Nationalversammlung sollte von allen Parteien im Auge behalten werden, daß am 4. März **der neue Kongreß der Vereinigten Staaten** zusammentreten wird. In diesem werden die republikanischen Imperialisten Oberwasser haben, die bekanntlich die 14 Punkte Wilsons nicht anerkennen. Es ist wahrscheinlich, daß hier **Widerstände** gegen den Frieden im Sinne der Wilsonschen Punkte zu erwarten sind, die den Friedensschluß auf Grund dieser Punkte erschweren würden. Aus diesem Grunde ist **es unbedingt notwendig, daß die Nationalversammlung so bald wie irgend möglich einberufen wird**, damit die Friedensverhandlungen bis zum Zusammentritt des Kongresses beendigt sein können.

Trennung von Staat und Kirche in Preußen.

Berlin, 18. Nov. Wie wir soeben erfahren, plant der neue preußische Kultusminister, Vors. Adolf-Hoffmann (Rad.-Soz.), in einigen Tagen auf dem Wege des Dekrets **die Trennung von Staat und Kirche durchzuführen.** Als Beginn des neuen Zustandes wird der 1. April 1919 bestimmt werden.

Im Augenblick läßt sich zu dieser Sache nicht mehr sagen, als daß es einen groben Schlag gegenüber den Gefühlen der Katholiken und Protestanten bedeutet, wenn die neue Regierung in so tief im Volke wurzelnde Eigenheiten des bisherigen Staatsrechtslebens eingreift. Im Kulturkampfzeitalter haben die Katholiken vor allem dem preußischen Staat nach dessen eigenem Geständnis eine Reihe von sittlichen Werten geliefert. Es war deshalb begreiflich, daß man sich von Staatswegen zu der Auffassung bekannte, daß die Konfessionen, die auf die Staatserhaltung abzielen, auch erhalten werden sollen. Diesem verständlichen und von allen Seiten bisher mit Erfolg anerkannten Grundsatz wird nun die neue sozialistische preußische Regierung plötzlich untreu. Wir vermögen nicht zu erkennen, daß die gegenwärtigen Zeitläufte, in denen es doch vor allem darauf ankommt, die Ordnung im Reich und die Ernährung der Volksgenossen sicherzustellen, geeignet ist, für derartige Verfügungen. Wenn man in das Volksleben des preußischen Volkes so tiefgreifende Aenderungen einführen will, dann muß man sich vorher der Zustimmung des ganzen Volkes versichern. Wir glauben, daß im ganzen preußischen Land sich neben dem Gefühl maßloser Verblüffung schärfster **Widerspruch** gegen diese Maßnahme regen wird, die nichts anderes darstellt, als eine Vergewaltigung der Katholiken und Protestanten. Die Bischöfe als die berufenen Vertreter des katholischen Volkes werden wohl Stellung gegen diese Maßnahme nehmen. Kardinal von Hartmann von Köln und Fürstbischof Bertram von Breslau sind über den geplanten neuen Schritt der preußischen Regierung bereits unterrichtet worden. (K. V.)

Deutschland.

Schweres Eisenbahnunglück in Belgien.

WTB. **Amsterdam**, 19. Nov. „Telegraaf" meldet aus Hamend (Belgien), daß dort ein **Waggon eines Munitionszuges in Brand geriet** und daß bei den darauffolgenden **Explosionen 800 Menschen ums Leben kamen. Die meisten Opfer sind deutsche Soldaten**, aber auch holländische Soldaten wurden getötet. Nach einer anderen Meldung spricht man von 1500 bis 2000 Toten und Verwundeten. In Budel (Nordbrabant) sind ungefähr 150 Tote und Verwundete eingebracht worden. Das Unglück ereignete sich um 11 Uhr abends. Es heißt, daß Kinder in der Nähe des Munitionszuges mit Feuer spielten und dadurch die Explosion verursachten. 600 holländische Soldaten sind zur Hilfeleistung nach Hamend abgegangen. Die durch die Explosion angerichtete Verwüstung muß unbeschreiblich sein.

WTB. **Amsterdam**, 19. Nov. Aus Eindhofen wird noch über die Explosion in Hamend in Belgien gemeldet: Die Explosion ereignete sich ungefähr 10 Uhr abends auf dem Bahnhofe, wo ein deutscher Munitionszug stand. Dabei flog ein **Waggon mit Granaten** in die Luft, deren Splitter auf die Umgebung niederfielen. Die Umgebung des Bahnhofes war ein einziges Trümmermeer. Auf dem Bahnhof standen auch **drei Lazarettzüge mit deutschen Verwundeten.** Diese Züge gerieten in **Brand.** Die Verwundeten flüchteten, soweit sie dazu imstande waren. **Die Schwerverwundeten kamen in den Flammen um.** Ein Lazarettzug konnte rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Inzwischen ist man des Brandes Herr geworden. Der Anblick der Verwundeten ist unbeschreiblich. Während der Katastrophe wagte sich niemand in die Nähe der Station. Die Zahl der Toten ist noch nicht festzustellen, muß aber sehr hoch sein. Es sind viele Häuser eingestürzt, wo die Einwohner unter den Trümmern begraben wurden. Ueber die Ursache der Explosion ist nichts bestimmtes zu sagen.

Eine Erklärung des Reichstagspräsidenten Fehrenbach.

WTB. **Berlin**, 19. Nov. Reichstagspräsident Fehrenbach, der letzten Samstag von Freiburg nach Berlin zurückgekehrt ist, hat der Reichsleitung nach einer Besprechung mit den Parteiführern und dem Mitgliede der Regierung, Ebert, nachfolgende Erklärung zugehen lassen:

In der am 19. November zur Entgegennahme der Waffenstillstandsbedingungen im Reichskanzlerpalais stattgehabten Sitzung, woran außer den sämtlichen Mitgliedern der damaligen Regierung auch Vizepräsident Dove und ich teilnahmen, habe ich die Frage aufgeworfen, ob etwa, wie verlaute, die Auflösung des Reichstags geplant oder ob verneinenden Falls die für den nächsten Mittwoch angesetzte Sitzung stattfinden könne. Darauf erklärte der damalige Reichskanzler Ebert, daß über ein etwaige Auflösung des Reichstages noch kein Beschluß gefaßt worden sei, daß aber jedenfalls die angesagte Sitzung nicht abgehalten werden könne. Dagegen konnte ich nach der Sachlage eine Einwendung nicht machen. Am 14. November fragte ich telegraphisch an, ob gegen die auf die nächste Woche vorgesehe Einberufung des Reichstages Einspruch erhoben und eventuell dagegen Maßnahmen getroffen werden sollen. Ich erhielt die telegraphische Antwort, daß nach der Beseitigung des deutschen Kaisertums und des Bundesrates als gesetzgebende Körperschaft auch der Reichstag nicht mehr zusammentreten könne. **Diese Anschauung vermag ich weder in ihrem Inhalt noch in ihrer Begründung als zutreffend anzuerkennen.** Zwingende Rücksichten auf die gegenwärtige Lage veranlaßten mich aber, zurzeit von einer Einberufung des Reichstages abzusehen: **ich behalte mir diese jedoch ausdrücklich vor.** Es können Verhältnisse eintreten, die sowohl der jetzigen als auch der künftigen Reichsleitung den Zusammentritt des Reichstages als erwünscht, vielleicht sogar als notwendig erscheinen lassen.

Das Ende des Ostafrikanischen Feldzuges.

Die Uebergabe unserer heldenmütigen Ostafrikaner haben wir bereits mitgeteilt.

Der von den neuen amtlichen Stellen in Berlin zuerst veröffentlichte **Auszug** der Waffenstillstandsbedingungen gab nur ein lückenhaftes, zum Teil geradezu falsches Bild. Auch der vor kurzem durch Wolff verbreitete Wortlaut des Abkommens weicht von dem nunmehr vorliegenden authentischen Text ab, da er teils Ungenauigkeiten enthielt, teils durch Zusatzabkommen geändert wurde. Besonders auffallend ist der Unterschied der Fassung des **Artikels 17**, der die ostafrikanische Frage behandelt. Ursprünglich war hier von einer Kapitulation Lettow-Vorbecks die Rede. Es heißt jedoch in Artikel 17 nach dem authentischen Wortlaut: „Räumung von allen deutschen Streitkräften, die in Ostafrika operieren, innerhalb eines von den Verbündeten zu bestimmenden Zeitraums." — Die „Germania" weiß zu diesem Punkte übrigens folgendes zu berichten: „Ein besonderes Verdienst hat sich unsere Delegation erworben, indem sie erreichte, daß für unsere heldenhaften Truppen in Ostafrika unter von Lettow-Vorbeck nicht die bedingungslose Kapitulation in Betracht kommt, sondern ein ehrenvoller Abzug zugesichert wurde. Es ist zugesagt, daß die Heldenschar baldigst mit Lebensmitteln versorgt wird, daß deutsche Schiffe **nach Sansibar fahren** und daß die tapferen Kämpfer bald in die Heimat zurückkehren können, im Vollbesitz ihrer militärischen und menschlichen Ehre."

Die deutschen Verluste im Kriege.

Berlin, 19. Nov. Ueber die **deutschen Verluste im Weltkriege** macht die Politische Parlamentarische Korrespondenz auf Grund angeblich zuverlässiger Unterlagen folgende Mitteilungen: Nach dem Stande vom 30. Oktober dieses Jahres betrugen diese Verluste an **Toten** 1 500 000 Mann, an **Vermißten** 260 000 Mann, wovon noch ein größerer Teil ebenfalls nicht mehr unter den Lebenden sich befindet, **an Gefangenen** 490 000 Mann. **Verwundet** wurden im Kriege vier Millionen Mann; dabei ist allerdings eine wiederholte Zählung desselben Mannes in den Fällen vorgekommen, wo eine mehrmalige Verwundung vorlag.

Westfalen und Rheinland.

* **Essen.** Der berüchtigte Einbrecher Stratmann ist verhaftet worden, als er mehreren Leuten unter Drohungen Geld und Kleider abnehmen wollte.

* **Mülheim** (Ruhr). Hier wurde ein zwölfjähriger Schüler von einem schnellfahrenden Auto gegen das Tor der Kaserne gedrückt und totgequetscht.

* **Sterkrade.** Ein schweres Fliegerunglück ereignete sich auf der Buschhausener Feldmark. Ein mit 12 Personen besetztes Großkampfflugzeug stürzte infolge Maschinendefekts ab. Ein Oberleutnant wurde sofort getötet, zwei Personen schwer verletzt und die übrigen neun leicht verletzt.

Aus der Heimat.

Bocholt, 20. November.

Aufruf an die Mitbürger Bocholts!

Infolge der in den Waffenstillstandsbedingungen vorgesehenen Räumung großer Gebiete unseres Vaterlandes wird auch Bocholt mit Einquartierung zu rechnen haben. Die Truppen können jeden Tag hier eintreffen. Hoffentlich wird es möglich sein, den Termin des Eintreffens der hiesigen Bevölkerung vorher bekannt zu geben. Die Einwohner des Stadtgebietes werden deshalb gebeten, zum Einzuge der wackeren Kämpfer die Häuser zu beflaggen. Es ist selbstverständlich, daß die Bocholter Bevölkerung, soweit sie mit Einquartierung bedacht wird, alles aufbietet, den braven Kriegern, die gerade in den letzten Wochen die schwersten Opfer gebracht haben, hier den Aufenthalt so angenehm wie möglich machen.

Deutschland ist geschlagen, aber unser Heer ist unbesiegt. Vergessen wir unsere eigenen Nöte und Entbehrungen und nehmen diejenigen, welche uns die heimatlichen Fluren beschützt haben, so auf, wie sie es verdienen, und bezeugen dadurch dem Heldentum unserer Krieger auch auf diese Weise unsere Anerkennung.

Deshalb nochmals:

Zu dem Einzug der Tapferen die Flaggen heraus!

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Der Arbeiter- und Soldatenrat

schreibt uns mit der Bitte um Veröffentlichung:

„In Nr. 269 des „Bocholter Volksblattes" wird dem hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat der Vorwurf gemacht, daß er seine eigentliche Aufgabe nicht erfülle, und die Kräfte der städtischen Beamten unnütz verzettele. Gegen diesen schweren Vorwurf, der geeignet ist, Erregung und Mißstimmung in weite Kreise zu tragen, müssen wir **ganz entschieden protestieren.** Selbst ohne die eingetretene innerpolitische Umwälzung würden die Stadtverwaltungen heute, bei der Demobilmachung, vor großen und schwierigen Aufgaben stehen. Durch die Teilnahme des einen oder anderen Beamten der Stadtverwaltung an den Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrates wird die Arbeit der Stadtverwaltung nicht gelähmt. Die Stadtverwaltung braucht nur den Wunsch auszusprechen und der Arbeiter- und Soldatenrat tagt unter sich. Im übrigen möge das „Bocholter Volksblatt" denselben Vorwurf auch gegen den neugebildeten Bürgerrat erheben. Was der Arbeiter- und Soldatenrat ist und welche Befugnisse ihm zustehen, darüber brauchen wir keine Belehrung. Wir werden von den Rechten und Befugnissen schon Gebrauch machen, erst recht dann, wenn das „Bocholter Volksblatt" die jetzige Freiheit der Presse dazu benutzen sollte, um durch solche Auslassungen das Gegenteil von dem, was heute notwendig ist, zu erzeugen: nämlich Ruhe und gemeinschaftliche Arbeit!"

Der Arbeiter- und Soldatenrat liest etwas aus unserem Artikel heraus, was nicht darin gestanden hat. Wir können unsere Leser darauf verweisen. Zum letzten Satz wäre zu bemerken: Nach Aufhebung der Zensur gibt es noch ein **Preßgesetz**, das nach den Erlassen der neuen Regierung weiter zu Recht besteht. Sonst wüßten wir keine Instanz, die uns etwas zu befehlen oder zu verbieten hätte.

Ausgabe von Unterzeug an Bedürftige.

In den einschlägigen Geschäften sind von heute an gegen die Reichs- und städtischen Bezugsscheine zu haben: Erstlings-, Mädchen-, Frauen- und Männerhemden, sowie Mädchen-, Frauen- und Männer-Unterhosen. In einigen Tagen werden Knabenunterhosen, geschlossene Frauenunterhosen, Kinderstrümpfe und Arbeiteranzüge folgen. — Oberkleidung ist angefordert, aber wie das Nähgarn leider noch nicht eingetroffen. Die Ausgabe der erwarteten Bekleidungsstücke erfolgt unter Mitteilung an dieser Stelle unverzüglich nach ihrer Ankunft.

Die Gendarmerie

versieht nach wie vor ihren bisherigen Dienst. Sie arbeitet im Interesse der Ruhe, Ordnung und Sicherheit, also **für die Gesamtheit.** Die Gendarmerie behält alle ihre Abzeichen und trägt Säbel und Schußwaffen, die Hilfsgendarmen außerdem einen Ringkragen oder eine Armbinde mit der Aufschrift „Hilfsgendarm des stellv. Generalkommandos 7. A.-K." Allen Anordnungen der Gendarmerie ist unbedingt Folge zu leisten, sowohl von allen Angehörigen der Armee — Offizieren und Mannschaften — als auch von der Zivilbevölkerung. Zur Verhinderung von Plünderungen und Eigentumsvergehen ist von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Alle Revisionen der Lebensmittelausfuhr sind durch die Gendarmerie streng durchzuführen, da nur auf diese Weise eine Gewähr für die Ernährung der Gesamtheit gegeben ist.

Kirchliches.

Die erledigte katholische Pfarrstelle zu **Lippborg**, Kreis Beckum, ist durch den Herrn Bischof von Münster dem bisherigen Kaplan **Felix Tellen** in Münster verliehen worden.

Deutscher Textilarbeiter-Verband.

Filiale Bocholt.

Sonntag, den 24. Nov., morgens 11 Uhr findet im Lokale **Lindenhof** eine **außerordentliche**

Mitgliederversammlung

statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Zu dieser Versammlung sind alle Mitglieder und Freunde der Gewerkschaften eingeladen.

Der Vorstand:
J. V.: Jos. Miekus, Vorsitzender.

NB. In dieser Versammlung ist Gelegenheit gegeben, sich zur Aufnahme zu melden.

Verantwortlich für den allgemeinen Teil Jos. Hobach, für das Feuilleton H. Temming, für den Reklame- und Anzeigenteil Franz Heggen, sämtlich in Bocholt.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, gestern nachmittag 3 Uhr meinen innigstgeliebten Mann, unsern guten Vater, Bruder, Schwager und Onkel, den Schreiner

Gerhard Varwick,

im Alter von 51 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Er starb nach langem, schwerem Leiden, gestärkt mit den hl. Sterbesakramenten.

Um stille Teilnahme und ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten

in tiefer Trauer:

Frau Gerhard Varwick und Kinder.

Bocholt, Stenern, Dingden, Duisburg, Barlo, Rhede und Düsseldorf, den 19 November 1918.

Das feierliche Seelenamt findet statt am Samstag morgen 1/2 9 Uhr in der Liebfrauenkirche, darauf die Beerdigung vom St. Agnes-Hospital aus, wozu freundlichst eingeladen wird.

Alle, welche aus Versehen keine besondere Einladung erhalten haben, werden gebeten, vorstehende Anzeige als solche zu betrachten.

Kein Papier!

Schnürsenkel für Händler!

1 m lang, feste Maccolitze. Probegros M. 36.- gegen Nachnahme.

H. Langer, Chemnitz. Aeußere Klosterstr. 6

GOLD-

und Silberbronzen, Bronzetinktur u. Pinsel.

Gebr. Steiner,

Drogerie zum weißen Kreuz, Fernr. 257, Gegr. 1893

Haben Sie Hühneraugen?

Sarcol"-Pflaster helfen sicher. Nur erhältlich in der **Drogerie BRUNS.**

Am Dienstag, 26. Nov., morgs 8 9 Uhr anfangend werde ich am **Kalkwege in Barlo**

ca. 20 Parzellen Tannen-Topfholz

meistbietend auf Credit verkaufen.

H. Wehninck.

Hedwig Korthaus
Josef Eising
Verlobte.

Nürnberg, Münster i. W.
Bocholt i. W

17. November 1918.

---

†

Das Sechswochen-Seelenamt

für den auf dem Felde der Ehre gefallenen Gefreiten

Theodor Wolberg

findet statt am Samstag morgen 1/4 vor 8 Uhr in der St. Josephskirche, wozu freundlichst eingeladen wird.

Bekanntmachung.

In das Handelsregister Abt. A Nr. 325 ist heute die Firma Max Wendels in Bocholt und als deren Inhaberin, die Witwe des Kaufmanns Max Mendels, Anna geb. Goldberg in Bocholt eingetragen worden.

Bocholt, den 15. November 1918

Königl. Amtsgericht.

Die Ausgabe Kasse

des

Lebensmittel-Amts

in der Fabrik der Firma Schuster & Dübigk, **Bismarckstraße** ist

geschlossen.

Während der Wintermonate werden die Bezugsscheine über Kartoffeln usw., von größeren Ausgaben abgesehen, an der

Hauptkasse, Kirchstr., Zimmer 6

ausgegeben.

Bocholt, den 19. November 1918

Der Erste Bürgermeister.

Eier

für Kranke sind gegen Krankeneiermarken **für die nächsten 3 Wochen** noch bei Hüls, Langenbergstraße und Weißing, Nobelstr. zu haben

Bei der Abholung ist der Ausweis vorzulegen.

Bocholt, den 19. November 1918.

Der Erste Bürgermeister.

Frische Speisemöhren

vom Gute Pröbsting werden **Freitag morgen von 8 1/2 Uhr an auf dem Wochenmarkte verkauft.**

Bocholt, den 19. November 1918.

Der Erste Bürgermeister.

Bekanntmachung

Amt Rhede.

Auf die Fleischmarken der 47. Woche sollen für die Fleischversorgungsberechtigten 185 Gramm Kriegsmehl verteilt werden.

Der Verkauf erfolgt beim Kaufmann Ant. Essing.

Die Fleischmarken sind vorher auf dem hiesigen Amte, Zimmer 2, zwecks Abstempelung vorzulegen.

Die Einlösung der Marken hat bis zum 24 Nov. 1918 zu erfolgen, da sonst die Gültigkeit derselben erlischt.

Rhede, den 18. November 1918.

Der Amtmann.

General-Versammlung.

Die diesjährige General-Versammlung der bäuerlichen Bezugs- und Absatz-Genossenschaft Muisum findet statt am Sonntag, dem 24. d. M., nachmittags 4 Uhr im Saale der Ww. Egeling, Muisum.

Tagesordnung:

Vorstands- und Aufsichtsratswahl,
Vorlage der Bilanz für 1917/18,
Revisionsbericht,
Verschiedenes.

In dieser Versammlung kann Kainit bestellt werden.

Arbeitsnachweis.

(Wohlfahrtsamt Zimmer 2).

Es werden gesucht:

1 Wagenschmied,
1 Stellmacher.

Sofort oder bald ein in Küche und Hausarbeit durchaus erfahrenes

Mädchen

gesucht. **Frau Emil Donders,** Nordstr. 481.

Zum 1. Januar oder früher ein tüchtiges

Mädchen

für Küche und Hausarbeit gegen hohen Lohn gesucht

Näheres Geschäftsstelle.

Ein älteres

Mädchen

auf dem Lande gesucht.

Näheres Geschäftsstelle

Für ein kräftiges

Mädchen

von 17 Jahren wird Stellung in der Stadt gesucht.

Näheres Augustastr. 11b.

Ein anständiges

Mädchen

sucht Stellung. Gute Behandlung erbeten. Zu erfragen **Nordmauer 18.**

Ein

Mädchen

vom Lande sucht Stellung.

Näheres Geschäftsstelle.

Krankheitshalber auf sofort ein sauberes, zuverlässiges

Mädchen

gesucht. Daselbst auch eine

Waschfrau

gesucht. **Schwarzstr. 10.**

Eine

Hausnäherin

gesucht.

Näheres Geschäftsstelle.

Schmiedelehrling

gesucht.

Joseph Demming, Ostermarkt.

Ein älterer

Hilfsdreher

(früher Untermeister) sucht passende Beschäftigung

Offerten mit Lohnangabe unter **„B. 3271"** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Eine schöne

Oberwohnung

mit Zubehör, Nähe Ostertor,

zu vermieten.

Näheres Geschäftsstelle.

Möbliertes

Zimmer

mit Morgenkaffee evtl. mit voller Pension zu vermieten.

Näheres Geschäftsstelle.

Schwarzweiß-karierter

Kleiderrock

(Samt) wegen Sterbefall zu verkaufen.

Näheres Geschäftsstelle.

Korsetts

nach Maß gearbeitet, in Ersatz und

Friedenswaren.

Auch kann zur Anfertigung von den Damen Stoff angeliefert werden.

Frau Schauss,
Nobelstraße 19,
gegenüber der Rentei.

PIANO

Stimmungen und Reparaturen

werden sachgemäß und billig ausgeführt.

J. Rindlisbacher,
Hermannstr. 4, b. Nordwall.

Stoffarben

zum Selbstfärben von Leinen, Wolle, Baumwolle und Seide.

Gebr Steiner,
Droguerie zum weißen Kreuz.
Fernruf 257. Gegr. 1898

Schweine-Verkauf.

Am **Donnerstag nachmittag 2 Uhr** werden

3 Läuferschweine

bei Adolf Radstaak in Spork, Nähe von Heidefeld, gegen sofortige Barzahlung verkauft.

---

10. Komp. 614. Regt.

Ein gut erhaltener

kleiner Ofen und Kleiderschrank

zu kaufen gesucht.

Näheres Geschäftsstelle.

Ein fast neues

Herren-Fahrrad

mit Gummibereifung

zu verkaufen.

Wo? zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Geige

zu kaufen gesucht.

Angebote mit Preis unter **B. 3293** an die Geschäftsst.

Eine schwarzbunte, tragende

Kuh

ist preiswert abzugeben.

Wo? zu erfragen bei Joseph Heinrichs, Rhede.

Hochtragende

Kuh

zu verkaufen.

Anton Hambrock,
Rhedebrügge.

Eine milchgebende



Kuh

zu verkaufen.

Näheres Geschäftsstelle.

Ein großer, wachsamer

Kettenhund

zu verkaufen.

Wo? sagt die Geschäftsstelle d. Ztg.

Braune

Ledertasche

nach der 9 Uhr-Messe von der Georgiuskirche bis Ravardistraße verloren.

Gegen Belohnung abzugeben in der Geschäftsst.



Dem Herrn über Leben und Tod hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, gestern mittag 1 Uhr unsern lieben Vater, Bruder, Schwager u. Onkel,

den Landwirt

Heinrich Göring,

im Alter von 42 Jahren in die Ewigkeit abzurufen.

Er starb nach kurzer, mit großer Geduld ertragener Krankheit, infolge Lungenentzündung, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, nachdem ihm seine Gattin vor 14 Tagen durch den Tod entrissen wurde.

Um ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Museum, Bocholt und Feldmark, den 19. November 1918.

Das hl. Seelenamt findet statt am Freitag morgen 8 1/4 Uhr in der St. Josephs-Pfarrkirche, daran anschließend die Beerdigung von der Kirche aus, wozu freundlichst eingeladen wird.

---

†

Der liebe Gott nahm heute morgen nach kurzer, schwerer Krankheit unsere beiden einzigen Söhnchen und Brüderchen

August und Bernhard

im Alter von 5 3/4 Jahren und von 7 Monaten zu sich in den Himmel.

Dies zeigen tiefbetrübt an:

Heinrich Heitkamp u. Frau
Margarethe geb. Tiekamp
und 4 Kinder.

Bocholt, den 19. November 1918.

Die hl. Messe für die Familien-Angehörigen findet statt am Samstag morgen 7 3/4 Uhr in der St. Josephskirche, danach die Beerdigung von der Kirche aus, wozu freundlichst eingeladen wird.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Einladung erhalten haben, so bitten wir, vorstehende Anzeige als solche anzusehen.



Gestern verschied nach langer, schwerer Krankheit unser treuer Arbeiter und Mitarbeiter, der Schreiner

Gerhard Varwick

Seit mehr wie 10 Jahren bei uns in Arbeit, sicherte er sich als treuer Arbeiter und als Mitglied des Arbeiterausschusses unsere Achtung und unser Vertrauen.

Wir werden seiner stets ehrend gedenken.

Bocholt, den 19. November 1918.

Die Inhaber, Arbeiter und Angestellten der Firma A. Friedr. Flender & Co.
Werk II, Westend.



Nach Gottes unerforschlichem Ratschlusse wurde unser innigstgeliebter Sohn und Bruder

Herm. Steverding

im Inft.-Regt. Nr. 471,

von uns genommen.

Er fiel auf dem Felde der Ehre, kurz vor dem Ende des Völkerkrieges, am 28. Oktober, nachdem er 1 1/2 Jahre als tapferer Soldat seine Pflichten erfüllt hatte. Er erreichte nur ein Alter von 20 Jahren.

In tiefem Schmerze:

Familie Bernard Steverding.

Dingden und westl. Kriegsschauplatz, den 20. Oktober 1918.

Das feierliche Seelenamt, wozu freundlichst eingeladen wird, findet statt am Samstag, dem 23. November, morgens 1/29 Uhr in der Pfarrkirche zu Dingden.

---

†

Das Sechswochen-Seelenamt

für die verstorbene

Frau Witwe Hermann Roers

findet statt am Samstag morgen 1/4 vor 8 Uhr in der Liebfrauenkirche, wozu freundlichst eingeladen wird.

Die Gemeindegrundsteuerliste der Stadt Bocholt für die Veranlagungsperiode vom 1. April 1919 bis zum 31. März 1922 liegt gemäß § 65 Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 vom 1. Dezember ds. Js. ab auf die Dauer von zwei Wochen im Verwaltungsgebäude Ravardistraße 4, Zimmer 8 zur Einsicht der betreffenden Steuerpflichtigen offen.

Gegen die Veranlagung steht den Steuerpflichtigen binnen einer Frist von vier Wochen nach Ablauf der Auslagefrist das Rechtsmittel des Einspruchs zu, das bei dem Gemeindevorstand anzubringen ist.

Bocholt, den 17. November 1918.

Der Erste Bürgermeister.

Ich habe die Arbeit in meiner

Schmiede

wieder aufgenommen

und empfehle mich zu allen :: einschlägigen Arbeiten. ::

Joseph Demming,
Bocholt, Ostermarkt.

Empfehle als

Kräftigungsmittel für Genesende

nach überstandener Grippe

Dr. Schieffers Eisentinktur mit Lecithin

Drogerie Bruns

Kost und Logis

für zwei bis drei Glasergesellen für 8—14 Tage gesucht. **Eilangebote** umgehend an

Maschinenfabrik Otto Pieron.